

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heidemarie Wright, Brigitte Adler, Ernst Bahr, Rainer Brinkmann (Detmold), Christel Deichmann, Annette Faße, Iris Follak, Günter Graf (Friesoythe), Reinhold Hemker, Gustav Herzog, Iris Hoffmann (Wismar), Eike Hovermann, Ilse Janz, Marianne Klappert, Werner Labsch, Holger Ortel, Silvia Schmidt (Eisleben), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Karsten Schönfeld, Dr. Angelica Schwall-Düsen, Jella Teuchner, Matthias Weisheit, Dr. Norbert Wieczorek, Heino Wiese (Hannover), Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/4967 –**

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 2000

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durchschnittlich knapp ein Viertel (23 Prozent) der Waldbäume in Deutschland weisen laut Waldzustandsbericht 2000 deutliche Schäden (Schadstufen 2 bis 4) auf. In den Jahren 1999 und 2000 ist sogar ein leichter Anstieg der Schäden zu verzeichnen. Die mittelfristige Betrachtung zeigt, dass das Schadensniveau sich seit Beginn der Waldschadenserhebung im Jahr 1984 nicht signifikant verringert hat. Der Flächenanteil gesunder Bäume ist vielmehr um neun Prozent zurückgegangen. Damit liegt das Ausmaß der neuartigen Waldschäden nach wie vor auf einem inakzeptabel hohen Niveau.

Neben der Schädigung durch Immissionen treten die möglichen Auswirkungen der globalen Klimaveränderungen auf den Wald immer mehr in den Vordergrund. Die hiermit einhergehenden Faktoren Trockenheit und Nährstoffmangel stellen für unsere Baumarten einen enormen Anpassungsdruck dar. Es ist fraglich, ob so langlebige Organismen wie unsere Waldbäume, die sich in Jahrtausenden an ihre Umweltbedingungen angepasst haben und auf eine relative Konstanz dieser Umweltbedingungen angewiesen sind, sich innerhalb weniger Jahrzehnte auf gravierende Veränderungen des Klimas und des Nährstoffhaushaltes einstellen können. Auch aus diesem Grund brauchen wir einen wirksamen Klimaschutz und weitere Maßnahmen zur dauerhaften Emissionssenkung.

In den 90er Jahren ist eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz des Waldes ergriffen worden. Hierzu zählt insbesondere die starke Verminderung der Emissionen

bei den klassischen Luftschadstoffen im Zeitraum 1990 bis 1998: Schwefeldioxid minus 76 Prozent, Stickoxide minus 34 Prozent und Ammoniak minus 18 Prozent. Die Abnahme versauernd wirkender Luftschadstoffe spiegelt sich bislang im Zustand der Waldböden jedoch nicht wider. Die Ergebnisse der bundesweiten Bodenzustandserhebung im Wald (BZE), die 1997 mit dem ersten Deutschen Waldbodenbericht vorgelegt wurden, dokumentieren eine dramatisch fortschreitende Versauerung und Degradation der Waldböden. In einzelnen Regionen ist die Versauerung bereits derart fortgeschritten, dass nicht nur Gefahr für den Fortbestand des Waldes, sondern auch für die Sicherung der Trinkwasserversorgung besteht. Laut Waldbodenbericht sind „Risiken für das Quell- und Grundwasser bei entsprechenden hydrogeologischen Verhältnissen im Untergrund nicht mehr ausgeschlossen.“

Die Bundesregierung bezieht seit 1998 neben den Daten der jährlichen Waldschadenserhebung auf der Basis des Kronenzustandes (Level I) die Messergebnisse von Dauerbeobachtungsflächen (Level II) in die Bewertung des Waldzustandes mit ein. Damit wurde die Aussagekraft des Waldzustandsberichts erhöht:

So zeigen die Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitoring, dass die Stickstoffeinträge in die Waldböden mit durchschnittlich 25 kg je Hektar und Jahr das für die Bäume verträgliche Maß an Stickstoff je nach Standort um 40 bis 80 Prozent überschreiten. In der Folge kommt es zu einer fortschreitenden Versauerung der Waldböden bei gleichzeitigem Verlust an Pflanzennährstoffen und der Freisetzung von pflanzentoxischem Aluminium im Boden.

Um der Bodenversauerung entgegenzuwirken, werden seit 1984 Bodenschuttkalkungen im Wald durchgeführt. Bis heute ist auf einem Viertel der deutschen Waldstandorte Kalk ausgebracht worden. Der Bund hat dafür insgesamt rund 305 Mio. DM ausgegeben. Die Kalkung stellt jedoch keine Lösung des Problems der Bodenversauerung dar. Sie ist lediglich eine Symptombehandlung, die auf Bodenleben und Pflanzenwurzeln nach Einschätzung einzelner Wissenschaftler negative Auswirkungen haben könnte.

Die Politik der Bundesregierung setzt bei der Ursachenbekämpfung an. Mit ihrem Nationalen Klimaschutzprogramm (Bundestagsdrucksache 14/4729) und der Neuausrichtung der Energiepolitik auf erneuerbare Energieträger hat die Bundesregierung wirksamen Klimaschutz zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht. Mit der Ökosteuer wurde ein wesentliches Instrument zur Reduzierung der Schadstoffemissionen geschaffen. Knapp zwei Jahre nach ihrer Einführung ist ein messbarer Rückgang des Verbrauchs von Mineralöl und insbesondere von Benzin zu verzeichnen, wodurch auch die entsprechenden waldschädigenden Emissionen abnehmen. Eine auf langfristige Wirkung angelegte Maßnahme ist die naturnahe Bewirtschaftung der Wälder. Sie führt zu einer erhöhten Widerstandskraft gegenüber neuartigen Waldschäden. Die Bundesforsten wurden bereits auf naturnahe Bewirtschaftung umgestellt. Der Bund wird hiermit seiner Vorbildfunktion für nachhaltiges Wirtschaften gerecht.

Die Bekämpfung der neuartigen Waldschäden kann jedoch im komplexen Ökosystem Wald nicht kurzfristig wirksam werden. Daher ist es unerlässlich alle erforderlichen Maßnahmen der Luftreinhaltung, des Bodenschutzes und des Klimaschutzes konsequent fortzuführen, um mittel- und langfristig eine Verbesserung des Waldzustandes zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Reduzierung der Emissionen bei den klassischen Luftschadstoffen, insbesondere bei Stickoxiden und Ammoniak, entsprechend den international eingegangenen Verpflichtungen (Göteborg-Protokoll) weiter konsequent voranzutreiben; vor allem im Verkehrsbereich sind hier weitere Schritte einzuleiten,

- die im Nationalen Klimaschutzprogramm dargelegten Maßnahmen weiterhin konsequent umzusetzen und dieselben Anstrengungen zum Klimaschutz von der internationalen Gemeinschaft anlässlich der bevorstehenden Fortsetzung der 6. Weltklimakonferenz vom 16. bis 27. Juli 2001 in Bonn einzufordern,
- den mit dem ersten Entwurf des Nationalen Forstprogramms in Deutschland begonnenen gesellschaftspolitischen Dialog über eine nachhaltige Waldpolitik fortzuführen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und forstliche Praxis zu entwickeln,
- den Aspekt der Klimaerwärmung in die Waldforschung einzubeziehen und diese konsequent weiter zu entwickeln,
- die genetische Vielfalt im Wald zu sichern, indem das zwischen Bund und Ländern im Konsens verabschiedete Konzept zur Erhaltung forstlicher Genressourcen zügig umgesetzt wird,
- die Zertifizierung naturnaher Waldwirtschaft als Instrument gegen den Raubbau an Wäldern zu unterstützen und sie in Deutschland weiterhin fachlich zu fördern, wobei eine unabhängige Kontrolle der Zertifizierungsverfahren gewährleistet sein soll,
- sich auch auf internationaler Ebene weiterhin für einen naturnahen und nachhaltigen Umgang mit Wald einzusetzen.

Berlin, den 14. März 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

